Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1.
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 60 Mk. mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 113. Sonnabend den 23. April 1887. 81. Jahrgang

Wegen der Messe

ist unsere Expedition

morgen Sonntag Vormittags bis 12 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Pflasterung der Straßen auf dem Areale des früheren Kohlenbahnhofes, sowie eines Theiles der Schenkendorfstraße und der Eisenbahnstraße längs des Arealplatzes ist vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit ihrer Offerten entbunden.

Leipzig, den 16. April 1887.

Th. 1104. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
383. Dr. Georgi. Keil.

Bekanntmachung.

Der Ende Januar laufenden Jahres hier verstorbene Privatmann

Herr Gustav Leopold Theile

hat der hiesigen Biener'schen Blindenanstalt ein Vermächtniß von

1000 Mark

letztwillig ausgesetzt und ist dieser Betrag von dessen Wittwe an uns ausgezahlt worden.

In Vertretung der genannten Stiftung haben wir das Vermächtniß angenommen und rufen dem Entschlafenen für dieses Beweis wohlthätiger Fürsorge unseren besten Dank nach.

Leipzig, den 20. April 1887.

Ia. 2080. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
456. Dr. Georgi. Kreischmer.

Bekanntmachung.

Nachdem in letzter Zeit wiederholt zu beobachten gewesen ist, daß Geschirrführer an den **Haltestellen** der hiesigen **Pferdebahn während des Auf- und Absteigens** der **Passagiere** ohne alle Rücksicht auf letztere **in schnellem Tempo dicht an den haltenden Pferdebahnwagen vorübergefahren** sind und dadurch das Publicum in Gefahr gebracht haben, überfahren zu werden, wird hierdurch darauf hingewiesen, daß ein solches Gebahren gegen die Bestimmungen in §§. 26 und 37, Abs. 2 des Straßenpolizeiregulativs verstößt, nach welchen in Fällen wie den vorgedachten die Geschirrführer vorübergehend zu halten oder doch unter lautem Warnungsruf nur langsam vorüberzufahren haben.

Die Schutzmannschaft ist angewiesen, gegen Zuwiderhandelnde einzuschreiten und dieselben behufs Bestrafung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 21. April 1887.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Nr. 1539. D. R. Breitschneider.

Nicolai-Gymnasium.

Zu dem am Geburtstage Sr. Majestät des Königs früh 8 Uhr stattfindenden Festactus, bei welchem Herr Dr. Preuß die Festrede halten wird, ladet im Namen des Lehrercollegiums ergebenst ein

Dr. Mayhoff, Rector.

Bekanntmachung,

die Friedhöfe in Gohlis betr.

Nachdem die unter und ⊙ angeführten Bestimmungen als Nachtrag zur Friedhofordnung seitens der Königl. Kircheninspection die behördliche Genehmigung gefunden haben, bringen wir dies andurch zur öffentlichen Kenntniß.

Gohlis, 21. April 1887. **Der Kirchenvorstand.**
Dr. M. Seydel P., Vorsitzender.

⊙

1) Alles Fahren, ausgenommen von den Leichenbeförderungen, ist innerhalb des Friedhofes untersagt. Für Ausnahmefälle werden Erlaubnißscheine vom Kirchenvorstand ausgestellt.
2) Materialien zur Herstellung und Verzierung von Gräbern sind außerhalb des Friedhofes abzuladen. Ausnahmen bedürfen der Genehmigung des Kirchenvorstandes. Auf dem Friedhofe darf nur im Schritt gefahren werden.
3) Das Feilhalten innerhalb des Friedhofes ist für Gegenstände aller Art verboten.
4) Es ist verboten, die Grabhügel zu betreten oder zu überschreiten.
5) Kinder haben in der Regel nur in Begleitung und unter Aufsicht Erwachsener Zutritt und dürfen sich nicht umhertreiben.
6) Das Tabakrauchen auf dem Friedhofe ist verboten. Das Mitbringen von Hunden ist unbedingt untersagt.
7) Wer den vorstehenden Bestimmungen zuwiderhandelt, wird mit Geldbuße bis zu 150 ℳ oder mit verhältnißmäßiger Haft bestraft.

Gesucht

wird der am 27. Juli 1857 geborene Zimmermann
Gustav Emil Schmidt,
welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Gohlis bei Leipzig, am 20. April 1887.

Der Ortsarmenverband.
Singer. Te.

Bekanntmachung.

Die Abfuhr der zum Oberbau der hiesigen Bahnhofstraße nöthigen Steine vom hiesigen Bahnhofe — ca. 15 bis 1800 Ctr. pro Tag — soll an den Mindestfordernden unter Vorbehalt der Auswahl unter den Submittenten vergeben werden.

Offerten sind bis 28. ds. Mts. hier einzureichen.

Lausch, den 22. April 1887.

Der Gemeindevorstand.
Uhlig.

Nichtamtlicher Theil.

Dem König!

* Unser Sachsenland begeht heute seinen Königstag, den Tag, an welchem vor neunundfünfzig Jahren unser erhabener Monarch, König Albert, das Licht der Welt erblickte. In voller Manneskraft, in ungetrübter körperlicher und geistiger Frische führt der erhabene Herr Jahr um Jahr die Regierung Seines Landes, und Blüthe und Wohlfahrt sind die leuchtenden Spuren, welche Sein weises und mildes Regiment im Gefolge hat.

König Albert steht dem Herzen Seines Volkes so nahe wie kaum ein anderer Regent der großen deutschen Fürstenfamilie. Seine im Schlachtendonner wie in den Wirren des Friedens gleich erprobte Thatkraft, Seine Sorge um die Lebensinteressen Seines Landes, wie seine Theilnahme an der Wohlfahrt und dem Gedeihen des deutschen Reiches sichern Ihm Liebe und Anhänglichkeit bei Jedermann, bei Hoch und Niedrig, bei Arm und Reich. Erstreckt sich doch die Fürsorge des Königs auf alle Stände unseres Volkes.

Wohlgeachtet bei seinen deutschen Stammesgenossen, steht unser Sachsenland da unter den Gliedern des Reiches, das unter der gesegneten Leitung Kaiser Wilhelm's als ein Hort des Weltfriedens seinen Einfluß übt unter den großen Nationen des Erdtheils. In inniger Zuneigung mit dem Kaiserhause verbunden, vergeht kaum ein Fest- oder Erinnerungstag in demselben, an welchem Er nicht dem greisen Freunde und Waffengenossen treu zur Seite stände.

König Albert kann mit Stolz auf die Entwickelung seines Landes sehen. Jedes Jahr Seiner Regierung hat die materielle wie die geistige Entwickelung desselben gefördert, und was unser schönes Sachsenland vermag, das hat es neuerdings wieder gezeigt, als erhöhte Ansprüche an seine Wehrkraft gestellt wurden, das hat es gezeigt, als bei den letzten Reichstagswahlen die Probe auf die Stärke des Nationalgedankens im ganzen Reiche gemacht wurde.

Die Gesinnung und Thatkraft unseres Volkes aber ist in der Person seines edlen und tapferen Fürsten verkörpert, und so ist damit ein untrennbares Band geschaffen, das auch für die Zukunft Segen und Gedeihen verspricht.

In treuer Liebe, Verehrung und Dankbarkeit naht sich heute das sächsische Volk seinem Könige, um die heißesten Glückwünsche dem hohen Herrn darzubringen und von dem Allmächtigen Gotte alles Gute auf Sein theures Haupt und Sein ganzes Haus herabzuflehen. Indem wir dieser Stimmung freudigen Ausdruck geben, rufen wir treuergeben:

Hoch lebe und lang lebe König Albert!

Die Berathung der kirchenpolitischen Novelle im preußischen Abgeordnetenhause.

Nach dem übereinstimmenden Willen der kirchlichen und der politischen Gewalten in Rom und Berlin soll der jetzt dem preußischen Landtage vorliegende kirchenpolitische Gesetzentwurf den Frieden zwischen Staat und Kirche im Königreich Preußen herbeiführen. Die Ausdrucksweise, deren sich beide Theile zur Erreichung dieses Zweckes bedienen, ist eine verschiedene, die Sache ist dieselbe. Der Standpunct des päpstlichen Stuhles ist in der vom Abgeordneten Windthorst verlesenen Erklärung dargelegt. Darin ist gesagt, daß die vom Herrenhause angenommene kirchenpolitische Vorlage nach der Meinung des Papstes, dessen Competenz in Fragen des Kirchenregiments zweifellos feststehe, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse tolerirt werden könne, daß ferner diese Vorlage den Zugang zu dem so lange mühsam angestrebten Frieden eröffne, daß endlich, was das in Frage stehende Einspruchsrecht betreffe, zwischen dem heiligen Stuhl und der preußischen Regierung augenblicklich weitere Verhandlungen stattfinden und der heilige Stuhl dabei sich bemühen werde, eine friedliche Vereinbarung darüber herbeizuführen, wie das Einspruchsrecht auszulegen sei und welche Regeln gelten sollen, wenn zwischen dem Bischof und dem Oberpräsidenten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Dann heißt es in der Erklärung wörtlich: „Dem Wunsche des heiligen Vaters uns anschließend und getreu dem Standpuncte, den wir während des ganzen kirchenpolitischen Streites unausgesetzt betont haben, werden wir dieser Erwartung Folge leisten. Falls wider Erwarten die von dem Herrenhause angenommene Vorlage in irgend einem Puncte zu Ungunsten der kirchlichen Freiheit verändert werden sollte, so könnten wir uns gendthigt sehen, gegen die ganze Vorlage zu stimmen. Dem eben entwickelten Standpuncte gemäß erachten wir eine Commissionsberathung nicht für nöthig und würden uns eventuell gegen eine solche erklären."

Aus dieser Erklärung geht hervor, daß der Streit wegen des Septennats, welcher zwischen dem Papst und den Führern des Centrums bestand, abgethan ist und daß heute zwischen beiden wieder vollständiges Einvernehmen besteht. Die Erklärung enthält zugleich die indirecte Rechtfertigung, weshalb die Centrumsführer in der Septennatsfrage nur ihrer eigenen Entschließung gefolgt sind, weil es sich dabei nicht um Fragen des Kirchenregiments gehandelt habe, sondern um politische, in welchen die Centrumsführer dem Papste keine Competenz zugestehen. Unmittelbar vor der Berathung der kirchenpolitischen Vorlage im preußischen Abgeordnetenhause war das Gerücht verbreitet, daß Windthorst sein Mandat niederlegen und Frhr. v. Schorlemer-Alst statt seiner die Erklärung des Centrums verlesen werde. Diese Gerüchte sind durch die Thatsachen widerlegt worden, das Centrum ist heute vollständig einig, und Windthorst hat diese Einigkeit mit besonderem Nachdruck betont.

Die Rede des Reichskanzlers reiht sich seinen früheren großen politischen Reden ebenbürtig an. Sie kennzeichnete einerseits das Verhältniß des Kanzlers und der verschiedenen Parteien zu der Vorlage in lichtvoller Weise und gab dann einen Rückblick auf die Entstehung, Verlauf und Ende des Culturkampfes, aus welchem hervorgeht, daß Fürst Bismarck den Kampf weder begonnen, noch die günstige Gelegenheit, ihn zu beenden, unbenutzt gelassen hat. Sehr schlecht kamen bei dieser Auseinandersetzung die Abgeordneten Richter und Virchow fort, deren kleinliche und beschränkte Auffassung von der Bedeutung des großen Kampfes er in der überzeugendsten Weise nachwies. Nachdem durch jahrelange fortgesetzte Bemühungen endlich die Formel gefunden ist, durch welche der Friede, wie sich Windthorst in seiner Erklärung ausdrückt, angebahnt werden soll, klammert sich Eugen Richter an die möglichen Folgen des Einspruchsrechts des Staates auf die Parteiinteressen und vergleicht die Ablehnung von Candidaten für ein geistliches Amt mit der Nichtbestätigung von Communalbeamten. Daraus formt er den Hauptadel gegen die Vorlage und verwirft die Absicht, dem Einspruchsrecht eine hauptsächlich politische Bedeutung beizulegen. Darauf erwidert Fürst Bismarck treffend: „Aus welchen Gründen soll der Einspruch denn sonst entnommen werden? Etwa aus dogmatischen Gründen? Soll der Staat sich zum Glaubensrichter machen über die Geistlichkeit?" Ferner beklagte sich der Abg. Richter darüber, daß die Jacobinischen Noten durch Landräthe amtlich mitgetheilt worden seien. Darauf erwiderte der Reichskanzler: „Diese Veröffentlichungen sind von der Regierung angeordnet, und diese Anordnung ist von mir angeregt worden, weil ich fand, daß die katholischen Wähler über den Inhalt dieser Noten in schamloser Weise belogen wurden." Der Abg. Richter hatte ferner erklärt, daß das letzte Wahlresultat ein Product der Angst gewesen sei. Dem hielt der Kanzler entgegen: „Der Abgeordnete will sich nicht mit der Thatsache befreunden, daß das ihm unerwünschte Wahlresultat gar keinen anderen Grund hat, als die nationale Entrüstung, welche sich des Deutschen bemächtigt hat über die Haltung der fortschrittlichen Opposition." Diese Opposition habe zum Nachtheil des Centrums einen babylonischen Thurmbau aufgebaut, um den sich Alles gesammelt habe, was unzufrieden war im deutschen Reiche. Der Thurm sei durch die letzten Wahlen gestürzt und es sei nun eine Art von Sprachverwirrung eingerissen, die sich ja noch klären werde.

Der hohe Standpunct, von welchem Fürst Bismarck den ganzen kirchenpolitischen Kampf erfaßt hat, giebt sich darin kund, daß er ihn als das Ergebniß einer historischen Entwickelung auffaßt, die nicht von einzelnen Menschen gemacht werde, sondern sich mit Naturnothwendigkeit vollziehe. „Ich bin überhaupt nicht der Meinung", sagte der Kanzler, „daß eine solche Kampfperiode in der Geschichte eines Landes durch die Willkür einzelner Menschen erzeugt werde. Sie sind eben Bruchtheile eines breiten historischen Stromes, der sich durch ein ganzes Volksleben, durch Jahrtausende hinzieht und dessen Wellenschlag ab und zu auftaucht, je nachdem ihm einzelne Persönlichkeiten dazu Gelegenheit geben. Aber ich bin weit entfernt, die einzelnen Personen des Centrums für alle solche Folgen eines solchen Streites, den ich für ein Stück historischer Entwicklung halte, verantwortlich zu machen. Im Gegentheil, ich glaube, daß das deutsche Reich dem Centrum manchen Dank schuldig ist." Das klingt allerdings nicht danach, als ob damit ein Absagebrief an Windthorst und Genossen aufgestellt werden sollte.

Der Reichskanzler führt nachher diesen Gedanken noch weiter aus, indem er sagt: „Ich habe, wenn ich mich entschlossen habe, Sr. Majestät dem Könige zur Genehmigung einer Einigung mit der Curie, wie sie und jetzt im vollen Einverständniß vorliegt, zu rathen, dies nicht gethan, ohne einen Blick in unsere Zukunft und in unsere eigene Lage zu thun. Niemand von uns kann die Zukunft voraussehen, und auch der mächtigste Monarch und der geschickteste Staatsmann kann sie nicht beherrschen und gestalten. Es bildet die geschichtliche Entwickelung unseres Vaterlandes einen zu gewaltigen und breiten Strom, als daß ein Einzelner und selbst ein Herrscher des Landes sie vorher bestimmen kann. Die ganze Weltgeschichte läßt sich überhaupt nicht machen." Und in der Verfolgung dieses Gedankens kommt der Kanzler zur Stellung der Cabinetsfrage als preußischer Minister, weil er, wenn er bei dem Abschluß dieses mühsamen Werkes von seinen Freunden im Stich gelassen würde, es ihm unmöglich sei, an einem Staatswesen, das solche Erfahrungen biete, ferner mitzuwirken.

Unter solchen Umständen ist die Ablehnung der Vorlage für Jeden mit großer Verantwortung verbunden, denn wenn auch die Mehrheit durch die Zustimmung des Centrums und der beiden conservativen Fractionen gesichert sein mag, so wäre es doch immer sicherer und besser, wenn sich diese Mehrheit noch links hin ergänzte. Man muß sich dabei gegenwärtig halten, daß es nicht sowohl auf die Zugeständnisse ankommt, welche die Novelle der Curie macht, als auf den Geist, in welchem sie von dieser aufgenommen und gehandhabt werden. Ob der Friede damit zu Stande kommt und ob er von Dauer sein wird, kann natürlich Niemand wissen, aber es muß wenigstens der Versuch gemacht werden, ob sich auf dem allein möglichen Wege der Friede herstellen läßt. Darum hoffen wir, daß unsere Parteigenossen der Schlußworte des Kanzlers eingedenk sein mögen: „Wir können schweren Prüfungen entgegengehen in auswärtigen und in inneren Kämpfen gegenüber den Umsturzparteien verschiedener Kategorien. Mein Bedürfniß ist es gewesen, ehe wir diesen Prüfungen ausgesetzt werden, alle unseren Streitigkeiten von uns abzuthun, die in der That entbehrlich für uns sind. Und für entbehrlich für den preußischen Staat halte ich den Kirchenstreit, wenn er mit dem Gesetze beigelegt werden kann, das ich Ihrer Annahme empfehle."

Fürst Bismarck nahm dann noch einmal das Wort, um dem Interesse Rechnung zu tragen, was der Abgeordnete Virchow an seinem Seelentheil nehme, und schloß nach der Absertigung des ehrenwerthen Professors mit einer versöhnlichen Wendung an das Centrum: „Ich muß zu dem Versuche, meine katholischen Mitbürger dauernd zu vergewaltigen, meine Mitwirkung versagen. Ich kann mich dessenthalben auf einen Kampf einlassen, der um so schärfer ist, je schärfer und ungerechter die Waffen sind, mit denen ich angegriffen werde. Aber einen Theil meiner Landsleute dauernd des Bekenntnisses wegen unter Zwang und Druck zu halten, ist ein Ziel, nach welchem ich noch niemals gestrebt habe."

Möge das Werk gelingen zum Heile Preußens und des Deutschen Reichs, dann wird der Zustand, auf dessen Rückkehr der Abgeordnete Richter hofft, niemals wiederkehren, denn dann wird Fürst Bismarck, so lange er lebt und an der Spitze der Regierung steht, auch die Mehrheit im Parlamente haben.

Leipzig, 23. April 1887.

* In Sachen der Zuckersteuer wird neuerdings verbreitet, die verbündeten Regierungen hätten es aufgegeben, dem Reichstage noch in dieser Session eine diesbezügliche Gesetzesvorlage zu machen. Nach officiöser Andeutung wird diese Nachricht durch nichts bestätigt. Im Gegentheile sind alsbald, nachdem die Sachverständigen der Zuckerbranche gehört worden, die Grundzüge für eine Zuckersteuernovelle, und zwar gemäß den bekannten, auch von Herrn v. Bennigsen kürzlich im Reichstage befürworteten Sombart'schen Vorschlägen festgestellt worden. Ueber diese Grundzüge dürfte augenblicklich ein Meinungsaustausch zwischen den bei der Frage vornehmlich mitinteressirten preußischen Ressorts stattfinden, und man hat nichts darüber gehört, daß sich solche Schwierigkeiten hierbei ergeben hätten, die eine Lösung der Zuckersteuerfrage in absehbarer Zeit nicht in Aussicht stellen ließen.

* Die „Freisinnige Zeitung" des Herrn Eugen Richter triumphirt, indem sie beweisen zu können glaubt, daß bei den letzten Wahlen die Gegner des Septennats die Majorität gehabt haben. Es sind dies nämlich: Elsaß-Lothringer (247,654 Stimmen), Socialdemokraten (774,182 Stimmen), Polen (212,626 Stimmen), Centrum und Welfen (1,607,075 Stimmen), Volkspartei (169,372 Stimmen) und Deutschfreisinnige (945,302 Stimmen). Herr Richter muß wirklich jedes politische Anstands- und Schamgefühl verloren haben, daß er mit der Harmonie prahlt, welche zwischen der Partei, die sein Joch immer noch nicht abschütteln kann, durch ihn mit allen antideutschen Elementen, was doch Polen, Protestler und Welfen unzweifelhaft sind, besteht.

* * *

* Ueber die beabsichtigt gewesene besondere Auszeichnung des Herren von Giers, die zuerst von der russischen Correspondenz gemeldet wurde, erfährt die „Post", daß dieselbe an Allerhöchster Stelle in St. Petersburg allerdings fest beschlossen war, jedoch zufolge Einwendungen seitens einiger Staatsminister noch nicht erfolgt ist, weil von derselben befürchtet wurde, daß diese seltene Auszeichnung in gewissen russischen Kreisen große Mißstimmung hervorrufen würde. Diese „Aufklärung" macht die Sache noch dunkler; wenn Herr von Giers einerseits auf öffentliche Genugthuung für den ihm von Katkow öffentlich angethanen Unglimpf verzichten muß und andererseits auch officiös in Aussicht gestellte Auszeichnungen aus Rücksicht auf persönliche Eifersucht anderer Staatsmänner oder dergleichen unterbleiben, so kann seine Stellung weder beneidenswerth, noch gesichert erscheinen.

* Im „Russischen Archiv" werden interessante Mittheilungen des verstorbenen Feldmarschalls Fürsten Bariatinski veröffentlicht. Fürst Bariatinski, einer der vertrautesten Freunde Kaiser Alexander's II., war für eine Betheiligung Rußlands an dem Kriege Preußens gegen Oesterreich im Jahre 1866, weil er eine solche Betheiligung für ein Lebensinteresse Rußlands erachtete. Und wirklich wurde eine solche auch lebhaft in Erwägung gezogen. Er äußerte sich hierüber:

„Ich kam hier (in Petersburg) an auf eine Einladung des Kaisers zu den Familienfesten anläßlich der silbernen Hochzeit Ihrer Majestäten als ehemaliger Brautführer bei der Hochzeit. Bei dieser Gelegenheit hielt ich es für meine Pflicht, dem Kaiser darzulegen, daß bald der Krieg Preußens gegen Oesterreich beginnen werde und daß wir diesen Krieg nicht vorübergehen lassen dürften, ohne selbst Antheil an demselben zu nehmen, angesichts dessen, daß bei der Vortrefflichkeit der preußischen Armee der Krieg für Preußen ein Triumph sei und Berlin dann, zum offenen Schaden für Rußland, eine erhöhte politische Bedeutung erhalten würde. Wenn aber die Niederlage Oesterreichs durch die vereinigten Streitkräfte Rußlands und Preußens vollzogen würde, so könnten wir, indem wir den Fehler von 1849 wieder gut machen, Ungarn zu einem selbstständigen Königreich gestalten und die übrigen Bestände des österreichischen Staates in zwei Theile theilen, die deutschen Provinzen für Preußen, die slavischen unter dem Schutz Rußlands. Nach einem solchen Ausgang des Krieges würde in der Folge die Lösung der orientalischen Frage ohne jede Mühe erreicht werden, da sich die Schlüssel zu derselben in Wien befänden. Ich wußte mehrere Male den Kaiser inständig bitten, seine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, wie sehr seine Betheiligung an dem Kriege geboten eine Nothwendigkeit sei. Ich betonte, daß der Krieg sehr kurz sein und keine großen Opfer fordern würde; daß aber die Aussichten auf unsere künftige Stellung im Orient vorzügliche seien. Blieben wir aber kaltblütige Zuschauer der sich an unseren Grenzen abspielenden Ereignisse, so würden wir vielleicht in fünf bis zehn Jahren theurer dafür bezahlen müssen, daß wir nicht verstanden hätten, den Augenblick zu benutzen und aus denselben jeglichen Vortheil zur Stärkung der russischen Macht zu ziehen. Mein Drängen hatte endlich zur Folge, daß der Kaiser befahl, in seinem Cabinet unter seinem Vorsitz ein geheimes Comité zu versammeln, bestehend aus dem Kriegsminister Miljutin, dem Minister des Auswärtigen Fürsten Gortschakow und mir."

Leider hat der verstorbene Feldmarschall nicht gestattet, das zu veröffentlichen, was in jener geheimen Sitzung beschlossen wurde. Jedenfalls geben aber diese von vertrauester Seite des Fürsten erfolgten Veröffentlichungen einen hochinteressanten Einblick in die damaligen gegenseitigen Beziehungen. In welche Lage moralischer Abhängigkeit von Rußland wäre Preußen-Deutschland gerathen, wenn die Grundlage zur Wiederherstellung des deutschen Reichs mit russischer Hilfe erfolgt wäre. Würde 1866 nicht Jedermann gesagt haben, der Sieg Preußens über Oesterreich sei nur der russischen Hilfe zu verdanken? Und die weitere Folge würde gewesen sein, daß Deutschland jetzt im Westen die unversöhnlichen Franzosen, im Osten das übermäßig starke russisch-slavische Reich, wenn nothwendig, verbündet mit den „dankbaren Ungarn", als Nachbarn hätte.

* Der schweizerische Bundesrath hat anerkannt, daß die Cantone Freiburg, Waadt und Wallis durch ihren Beschluß, mit Subventionen im Gesammtbetrage von 7 Mill. Francs sich bei dem Unternehmen des Simplondurchstiches zu betheiligen, auf die in Artikel 5 des Bundesgesetzes vom 11. August 1878 für eine Alpenbahn im Westen der Schweiz zugesicherte Bundessubvention von 4½ Millionen Francs, und zwar behufs Verwendung für das Unternehmen des Simplondurchstichs, Anspruch gewonnen haben. Die Frage kommt jetzt vor die Bundesversammlung.

* Der „Gaulois" veröffentlicht eine Unterredung mit dem neuen Präsidenten der Patriotenliga Sansboeuf, in welcher dieser sagt, daß Déroulède bereits vor seiner Reise ins Ausland in der Revanchehoffnung stark erschüttert war, doch die Aufnahme in Rußland und die Besprechung mit Katkow hätten ihm wieder Muth gemacht. Als aber hierauf die öffentliche Meinung gegenüber seinen im „Drapeau" veröffentlichten, Deutschland als alleinigen Feind, Rußland als Freund darstellenden Artikeln gleichgiltig blieb, habe er das